K+S attackiert Kreis: "Lassen uns das nicht endlos bieten!"

Konzern fordert Entscheidung zur Salzeinleitung / Bergamt legt Vorschlag für Grenzwerte vor und will zweiten Kaliberg genehmigen

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. In der Debatte um die Wiederinbetriebnahme des Bergwerks Siegfried-Giesen hat der Kasseler Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) den Ton gegenüber dem Landkreis Hildesheim deutlich verschärft.

Zwei Tage vor einer wichtigen öffentlichen Sitzung zu dem Thema fordert das Unternehmen ein schnelles Ende der Debatte um die Einleitung von Salzabwasser in die Innerste und deutet an, sich im Zweifelsfall rechtlicher Mittel zu bedienen: "Es gibt überhaupt keinen Grund mehr für den Kreistag, keine zügige Entscheidung zu treffen", sagte Firmensprecher Ulrich Göbel gestern gegenüber dieser Zeitung: Wir werden uns das nicht endlos länger bieten lassen!"

Man könne sich zwar vorstellen, dass die Politik das als nicht statthaften Druck verstehen werde - aber man habe nun wirklich genug Geduld gehabt, heißt es in Kassel.

Die sogenannte wasserrechtliche Erlaubnis ist ein zentraler Baustein der Genehmigung - oder Nicht-Genehmigung – des gesamten Bergwerks-Projekts. Die Krux dabei: Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) und der Landkreis Hildesheim müssen für diese Erlaubnis "Einvernehmen" herstellen, sie also gemeinsam erteilen oder versagen. Um die Frage, wer "der Landkreis" in diesem Fall ist, begann vor gut zwei Jahren ein längerer Streit zwischen Kreisverwaltung und Kreistag. Am Ende setzten sich die Abgeordneten durch und behielten sich das letzte Wort vor. Weil sie sich erst einmal umfangreich fachlich informieren mussten, führte das zu einer deutlichen Verzögerung. Die ur-sprünglich für das Jahr 2015 geplante Entscheidung ist immer noch nicht gefallen.

Übermorgen, am Donnerstag, kommt nun der Bau- und Umweltausschuss zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Geht es nach der Kreisverwaltung, stimmt das Gremium dann darüber ab, ob der Landkreis den Vorschlag des LBEG für eine wasserrechtliche Erlaubnis annehmen soll. Das Votum wäre eine Vorentscheidung: Das letzte Wort hat der Kreistag, der aufgrund der Stimmenverhältnisse meist den Empfehlungen seiner Ausschüsse folgt.

Viele Zahlen, die in dem LBEG-Entwurf stehen, dürften den Kreistagsabgeordneten bekannt vorkommen: Das Bergamt schlägt genau jene Grenzwerte vor, die die Kreisverwaltung vor anderthalb Jahren noch präsentiert hatte – ehe der Kreistag entschied, das Ganze noch einmal von Grund auf neu zu diskutieren. So sollen zunächst 200000 Kubikmeter Salzabwasser pro Jahr erlaubt sein-im eigentlichen Bergwerksbetrieb soll dieser Wert aber auf 119000 Kubikmeter sinken einer Chlorid-Konzentration von



Der Giesener Kaliberg könnte auf dem Areal im Vordergrund einen Zwilling bekommen - übermorgen geht es aber erst einmal um die Einleitung von Salzabwasser in die Innerste zwischen Ahrbergen und Giesen.

maximal 200 Milligramm pro Liter. Kreis-Umweltdezernent Helfried Basse hatte unter anderem darauf verwiesen, dass K+S an der Werra in Hessen sogar mit einer Konzentration von 2500 Milligramm pro Liter einleiten darf, also mehr als dem Zehnfachen.

Aus dem 184 Seiten umfassenden LBEG-Entwurf geht auch hervor, dass die Genehmigungsbehörde vorhat, K+S einen zweiten Kaliberg zu erlauben. Ob der nötig ist, bezweifeln Umweltschützer, die Bürgerinitiative (BI) Giesen-Schacht und einzelne Forscher seit Jahren. Streitpunkt ist dabei die Definition des "Standes der Technik". Das LBEG argumentiert mit dem "besten verfügbaren Stand der Technik" und stellt dazu fest, dass "verfügauch "wirtschaftlich vertretbedeute. K+S wiederum hat stets betont, dass eine Halde zwar theoretisch vermeidbar, das Projekt dann aber entschieden zu teuer und damit tot wäre.

In diesem Zusammenhang kritisiert der Konzern auch Äußerungen der Firma K-Utec in der vorhergehenden Sitzung des Bau- und Umweltausschusses. Dort hatten Firmenvertreter den Eindruck erweckt, durch konsequente Nutzung von Abbauresten etwa für Streusalz lasse sich ein neuer Kaliberg möglicherweise ganz vermeiden. "Das trifft nicht zu, nur ein kleiner Teil wäre dafür nutzbar", hält K+S-Sprecher Göbel dagegen. Die Giesener BI war aus ganz anderen Gründen unzufrieden – sie monierte, K-Utec habe vom Landkreis nicht genug Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen.

K+S betonte auf Nachfrage, es habe sich nichts daran geändert, dass man sich im Fall einer Genehmigung des Bergwerks mit einer Entscheidung über den Neustart noch Zeit lassen wolle. Dass der Konzern nun trotzdem die Geduld verliert, erklärt Sprecher Göbel damit, "dass wir natürlich irgendwann doch einmal eine Grundlage für unser weiteres Vorgehen haben wollen"

Info Die Ausschuss-Sitzung am Donnerstag ist öffentlich. Sie beginnt um 16 Uhr im großen Sitzungssaal des Kreishauses in der Bischof-Janssen-Straße 31 in Hildesheim.

KOMMENTAR

Verständlich



Von Tarek Abu Ajamieh

ffentliche Kritik an der Politik gab es von K+S in Sachen Giesen bislang nun hat der Konzern gleich mehrere Gänge hochgeschaltet. Und ziemlich eindeutig damit gedroht, dem Landkreis juristisch an die Karre zu fahren, wenn es nicht zügig eine Entscheidung gibt.

Als Kreispolitiker könnte man nun natürlich aufheulen: Das Unternehmen setzt uns unter Druck! So geht das aber nicht! Wir leben in einer Demokratie!

Doch damit würden die Abgeordneten es sich zu einfach machen. Denn K+S fordert ja nicht ein Votum für sein Projekt und droht andernfalls mit Konsequenzen. Die Kasseler verlangen lediglich, dass der Landkreis sich überhaupt einmal zu einer Entscheidung über die Salzwasser-Einleitung quemt.

Und das ist nur zu verständlich. Mag es auch keine amtlichen Fristen für ein Ja oder Nein zur Salzwasser-Einleitung geben. Aber dass es inzwischen seit gut zwei Jahren keine Entscheidung gibt, ist unverständlich. Denn das über viele Monate währende Kompetenzgerangel zwischen Verwaltung und Kreistag kann nicht das Problem eines Unternehmens sein, dass Investitionen plant und Klarheit über die Bedingungen haben möchte.